

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010
– Drucksache 14/6503**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2005
– Beitrag Nr. 8: Fuhrparkmanagement bei den Regie-
rungspräsidien**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010 – Drucksache 14/6503 –
Kenntnis zu nehmen.

07. 07. 2011

Der Berichterstatter:

Manfred Hollenbach

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache
14/6503 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Der Berichterstatter brachte vor, der Rechnungshof habe in seinem Denkschriftbei-
trag Nr. 8 aus dem Jahr 2007 u. a. geschrieben:

*Bei den Kraftfahrerstellen und beim Einsatz der Berufskraftfahrer beste-
hen Einsparpotenziale in Millionenhöhe.*

Seitdem habe sich der Finanzausschuss wiederholt mit diesem Thema befasst. Die
zuständigen Verwaltungen hätten inzwischen verschiedene Änderungen vorge-
nommen.

Ausgegeben: 18. 07. 2011

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Durch das, was sich aufgrund der Feststellungen des Rechnungshofs mittlerweile geändert habe, könne dieser Beratungsgegenstand aus Sicht der CDU-Fraktion für erledigt erklärt werden. Zwar bleibe noch einiges zu tun, doch würden durch die Strukturen, die sich nun entwickelt hätten, neue Impulse gesetzt.

Ein Abgeordneter der Grünen merkte an, die Landesregierung sei in ihrer Mitteilung sehr engagiert für die Beibehaltung des Fuhrparks und die Eigenverwaltung durch das Land eingetreten. Dennoch müsse das Fuhrparkmanagement seines Erachtens weiter optimiert werden. Die Grünen stünden hierbei einem zentralen Landesbetrieb bzw. einem zentralen Einkauf von Fahrdienstleistungen oder der Steuerung durch einen externen Dienstleister offen gegenüber. Er habe in der Mitteilung kein Argument erkannt, das einem solchen Anliegen widerspreche, und bringe es daher als Anregung in die Debatte ein.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs teilte mit, die Empfehlungen des Rechnungshofs seien mit den Maßnahmen, die die Landesregierung in ihrem Bericht nenne, im Kern umgesetzt. Insofern wäre der Rechnungshof damit einverstanden, wenn der Ausschuss dem Plenum empfehlen würde, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft führte an, sein Haus nehme die Anregung des Abgeordneten der Grünen gern auf. Es werde sie prüfen und darüber auch mit dem Innenministerium sprechen.

Ohne förmliche Abstimmung fasste der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/6503 Kenntnis zu nehmen.

15. 07. 2011

Manfred Hollenbach